



Die historische Rolle der Hochschulen in Europa

EIN VORTRAG IM RAHMEN DER KONFERENZ „WISSENSCHAFT HÄLT EUROPA ZUSAMMEN“

Wie können Wissenschaft und Forschung den Zusammenhalt in Europa stärken? Bei der Konferenz „Wissenschaft hält Europa zusammen – Vom *March for Science* bis zu *Horizon 2020*“ diskutierten Akteure aus Politik und Wissenschaft über die Frage, wie europäische Forschungs- und Wissenschaftspolitik gestaltet werden muss, um das europäische

Projekt zu befördern. Dr. Ulrich Schreiterer, Senior Researcher am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) definierte in seinem Vortrag¹ die historische Rolle der europäischen Hochschulen vom 11. Jahrhundert bis heute in Hinblick auf die Entwicklung und Bedeutung eines europäischen Gedankens in der Gesellschaft.

DIE UNIVERSITÄT REPRÄSENTIERT EUROPA UND GESTALTET ES MIT

Die Universität ist eine europäische Erfindung. Sie datiert auf das Ende des 11. Jahrhunderts zurück, die Gründung der ersten, aus einer kleinen Rechtsschule hervorgegangenen Universität Bologna im Jahre 1088. In China gab es zwar bereits lange vorher schon Gelehrtschulen, die systematisch das Lernen einüben und ein Verständnis von der Ordnung der Welt, des Himmels und der Menschen vermitteln sollten, wie es der 497 vor Chr. verstorbene Konfuzius propagiert hatte. Seit der Han-Dynastie, also etwa um die Zeitenwende, fungierten sie als Vorbereitungsanstalten für die schwierigen, extrem selektiven Eingangsprüfungen für Beamte am kaiserlichen Hof. Auch die berühmte Al-Azhar Universität in Kairo, gegründet 975, war zum offiziellen Gründungsdatum der Universität Bologna schon über 100 Jahre alt. Doch weder die konfuzianischen Gelehrtschulen noch Al-Azhar hatten

viel gemein mit der Universität, wie sie sich von Europa aus zu einer globalen, inzwischen überall auf der Welt präsenten Institution entwickeln sollte: Die „universitas magistrorum et scholarum“ war eine „europäische Institution par excellence“, wie es der Schweizer Soziologe Walter Rüdigg einmal formulierte. Sie kannte weder Vorläufer noch Vorbilder, repräsentierte Europa und gestaltete es zugleich mit.

AUSBREITUNG DER UNIVERSITÄTEN IN EUROPA

Von Bologna aus breitete sich die Universität rasch über ganz Europa aus: Angefangen von Paris 1150-70 über Oxford 1167, Cambridge und Salamanca 1218 im 14. Jahrhundert schließlich bis in die deutschen Landen (Prag (1348), Wien (1365) und Heidelberg (1386)). Die mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Universitäten waren lokale „stand alones“, aber stets eng in ein grenzenloses Hinterland des christlichen Abendlandes

¹ Da er aus einem Vortrag hervorgegangen ist, enthält dieser Text keine Quellenangaben.

eingebettet. Ab 1248 unterschied man verschiedene herkunftsbezogene „nationes“ ihrer Angehörigen, wobei diese Zuordnung anfangs weder exklusiv noch hierarchisch war.

Drei Merkmale zeichneten die neue Institution aus – und bildeten die Basis für ihren späteren Welterfolg:

Erstens war die Universität dank des ihr von Kaiser Barbarossa schon 1155 gewährten „Scholarenprivilegs“ vor allem anderen ein Ort der Freiheit. Direkter landesherrlicher Gewalt entzogen, konnten Studierende und Dozenten hier selbstbestimmt ihren Beschäftigungen nachgehen, in eigener Gerichtsbarkeit Verfehlungen ahnden oder Konflikte lösen. Den meist von weither Angereisten bot die Korporation Schutz und Rechte.

Zweitens war die Universität des späten Mittelalters mehr als die Summe ihrer Teile, der einzelnen Fakultäten, und zugleich mehr als eine Berufsschule. In ihrem Zentrum standen die drei berufsbildenden Fakultäten Jus, Medizin und Theologie. Ihnen vor- und zugeordnet war eine niedere Fakultät der sieben freien Künste („artes liberales“), der die intellektuelle und habituelle Prägung aller angehenden Akademiker zufiel. Im „trivium“ der sprachlichen Fächer übten sich diese in Grammatik, Rhetorik und Logik, im mathematischen „quadrivium“ lernten sie Arithmetik, Geometrie, Musik und Astronomie. Dank dieser dualen Wissens-Architektur stand die Universität für eine Verknüpfung von „knowledge and culture“, die ihr für die kulturelle Grundierung moderner Gesellschaften (Talcott Parsons) sowie für die Entwicklung einer disziplinär organisierten Forschung eine Schlüsselrolle sicherte.

Drittens schließlich war sie von Anfang an eine transnationale Institution zur Vermittlung eines als universal beschriebenen Wissens. Bis ins 18. Jahrhundert hinein blieb ihre Sprache Latein, die alteuropäische „lingua franca“, derer sich alle ihrer Angehörigen bedienten. Die Reformation und nachfolgende Etablierung protestantischer Universitäten im 16. Jahrhundert änderte daran nur wenig. Die Gründung neuer Universitäten im 18. Jahrhundert, die sich der Aufklärung verpflichtet fühlten (Halle, Göttingen, Erlangen), verstärkte den transnationalen Charakter der Institutionen sogar noch insoweit, als sie sich explizit als Teil einer gesamteuropäischen Bewegung verstanden.

NATIONALSTAATEN UND UNIVERSITÄTEN

Das alles kippte gewissermaßen gegen Ende des 18. Jahrhunderts. Im Gefolge der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und der Französischen Revolution fanden nationalistische Ideen und Bewegungen überall in Europa großen Zuspruch. Im 19. Jahrhundert kam es zur Erfindung von Nationalstaaten, deren oft blutige Durchsetzung enorme Kräfte mobilisierte. Vorstellungen von angeblich grundverschiedenen nationalen Kulturen und Charakteren unterfütterten diesen Prozess, der in einer gesamteuropäischen Debatte über „Nationalerziehung“ kulminierte. Dass die Universität ein herausragender Ort dafür sein müsse, galt als selbstverständlich. Universitäten und Einzelwissenschaften wurden nun derart „nationalisiert“, dass jeweils unterschiedliche nationale Stile, Organisations- und Governancemodelle entstanden. Was in katholischen Ländern (Österreich, Frankreich, Portugal) eine Opposition gegen transnationale, von Jesuiten geführte, kirchliche Erziehungseinrichtungen gewesen war, stand in Deutschland – namentlich Preußen – unter dem Vorzeichen einer Stärkung der staatlichen Aufsicht zum Zwecke der inneren Staatsbildung. Anders als etwa in Frankreich gab es hier zwar nie so etwas wie eine nationale Universität. Doch Curricula und Prüfungspraktiken auch der deutschen Universitäten wurden stark „durchnationalisiert“ und reguliert. Oberstes Gütesiegel einer akademischen Ausbildung wurde das „Staatsexamen“ in den drei höheren Fakultäten.

Trotz solcher nationalen Idiosynkrasien blieb die Universität jedoch auch im 19. Jahrhundert noch stark von einem gemeinsamen Fundus europäischer Ideen und einem jederzeit abrufbaren Kanon klassischer Bildung geprägt. Darauf beruhte ihr hohes Prestige, und selbst während der Hochblüte des Nationalismus verstanden sich ihre Mitglieder als Teil einer zivilisierten europäischen Elite. In bürgerlichen Kreisen gehörte es zum guten Ton, Länder und Studienorte mehr als einmal zu wechseln. Die Universität war gleichsam ein „Trainingslager“ für eine gesamteuropäische „Wertegemeinschaft“. Während Scholaren längst nicht mehr so viel wanderten wie im Mittelalter, taten es Studierende am Vorabend des ersten Weltkrieges bis in die 1930er Jahre umso mehr, wenngleich nicht immer freiwillig. Bildungsmigration war nämlich nicht selten eine Folge politischer Umbrüche, Repressionen oder Diskriminierungen. Frauen und Juden zum Beispiel blieb bis weit ins 20. Jahrhundert hinein in vielen Ländern Osteuropas der Zugang zur Universität

verwehrt. Wollten sie studieren, mussten sie dorthin gehen, wo sie das durften, also etwa in die Schweiz, nach Deutschland, Frankreich oder Italien.

Trotz aller Gemeinsamkeiten war die Universität dieser Zeit jedoch alles andere als ein paneuropäischer Ponyhof. Von einem gemeinsamen europäischen Horizont oder Bezugsrahmen als konstitutivem Merkmal war in der Praxis von Lehre und Studium wenig zu spüren. Der Austausch zwischen den nationalen Wissenschaften blieb gering. Es gab nicht einmal mehr eine gemeinsame Sprache. Zum paradoxen Doppelgesicht der europäischen Universität gehört, dass sie bis in die 1930er Jahre eine Brutstätte nationalistischer Phantasien und Überheblichkeiten war. Nichts symbolisiert diese dunkle Seite ihrer Geschichte so sehr wie die berühmt-berüchtigte „Erklärung der Hochschullehrer des Deutschen Reiches“ vom 16. Oktober 1914. Darin verwahrten sich mehr als 3.000 Professoren gegen die Vorwürfe, Deutschland habe den Weltkrieg verschuldet und missachte durch seine brutale Kriegsführung die Gesetze des Völkerrechtes. Die deutschen Universitäten und Hochschullehrer trieben vielmehr „ein Werk des Friedens“, und das erfordere einen Sieg des deutschen Militärs im „Kampfe für Deutschlands Freiheit ... und für die ganze Kultur Europas“.

UNIVERSITÄTEN UND EUROPA AM NEUANFANG

Auch nach 1945 dominierten lange noch nationale Einfärbungen, Mythen, Traditionen und Besonderheiten die Praxis der Universität. In der paneuropäischen Bewegung der 50er Jahre, für die sich viele junge Menschen, meist Studierende, engagierten, spielte sie kaum eine Rolle. So veranstalteten „Junge Europäische Föderalisten“ schon 1950 ein Europa-Happening, stürmten die deutsch-französische Grenze, demolierten Grenzpfähle und Schlagbäume, und betonten ihre europäische Zusammengehörigkeit, indem sie Schilder trugen, auf denen stand, woher sie kamen, nämlich „aus Rom in Europa“, „aus München in Europa“ oder „aus Bern in Europa“. Aus der Wissenschaft kamen keine ähnlichen Stimmen. Im Europa-Theater der 1950er und 60er Jahre blieben die Universitäten trotz aller formelhaften Beschwörungen des europäischen Geistes und europäischer Traditionen bestenfalls Zaungäste.

Das änderte sich nicht sofort, als die Hochschulausbildung in den späten 1960er Jahren überall in (West-)Europa massiv zu expandieren begann, ihren vormals

elitären Charakter einbüßte und dank zahlreicher Neugründungen wesentlich bunter und gesellschaftlich präsenter wurde. Vollmundige Reformversprechen und –projekte flankierten diesen säkularen Schub: Mitbestimmung, Chancengleichheit, Demokratisierung, Regionalisierung, Praxisorientierung etc. standen hoch im Kurs. Doch in den erregten hochschulpolitischen Auseinandersetzungen ging es so gut wie nie um Europa, europäische Mobilität, Verständigung und Zusammenarbeit, sondern ziemlich provinziell nur um die Verhältnisse am Ort oder im jeweiligen Bundesland.

ERASMUS – EIN EUROPÄISCHER GLÜCKSFALL

Zu einer materiellen „Europäisierung“ der Universität und Hochschulbildung kam es erst ab 1987, als die Europäische Kommission nach einer fünfjährigen Pilotphase das Erasmus Programm zur Förderung der inner-europäischen Mobilität von Studierenden einführte – übrigens gegen erhebliche Widerstände großer Mitgliedsländer wie Deutschland, Frankreich und Großbritannien, die selbst jeweils umfangreiche Mobilitätsprogramme unterhielten. Einige klagten sogar vor dem Europäischen Gerichtshof gegen das Programm, das die Kommission in der Form nicht habe beschließen dürfen. Heute besteht kein Zweifel mehr, dass Erasmus ein hoch effektives Instrument zur Förderung der kulturellen Verständigung in Europa ist, vor allem aber von so etwas wie einer paneuropäischen Identität. Die Studienaufhalte verknüpfen kunstvoll Leben und Lernen in einem anderen Land, an einer anderen Hochschule, in einer anderen Sprache und zusammen mit anderen „fremden“ und „einheimischen“ Studierenden.

Mehr als 4 Millionen Studierende konnten so mindestens drei Monate lang aus ihrem jeweils eigenen Echoraum herauskommen, andere Länder, Sitten und Studienkulturen kennenlernen, sich untereinander austauschen und am eigenen Leibe erfahren, was es heißt, in Europa zu leben. Selbst wenn die Zahl mobiler Studierender deutlich hinter den Erwartungen zurückblieb und das Studium nicht immer im Mittelpunkt des Auslandssemesters stehen mag, bildet die „Erasmus Erfahrung“ ein wertvolles und sehr wichtiges Ingredienz des europäischen Projektes, genauer: der Europa-Werdung. Erasmus hat den „Europäischen Hochschulraum“ und das Zusammenleben in einem extrem vielfältigen Europa für Millionen Studierende alltäglich erfahrbar und gewissermaßen selbstverständlich werden lassen. Eine große Mehrzahl der

Geförderten fühlt sich Umfragen zufolge Europa eng verbunden und kann sich gut vorstellen, im europäischen Ausland zu leben: Durch Mobilität zur Kohärenz. Ein fulminantes Programm, das seinem Namenspatron alle Ehre macht und hohe Beachtung und viel Bewunderung gefunden hat.

AUSTAUSCH UND ANTRIEB DURCH EUROPÄISCHE FORSCHUNGSFÖRDERUNG

Die proaktive Europäisierung der Universität und Wissenschaften durch die Europäische Kommission erfolgte schrittweise in einer „bottom-up“-Bewegung. Der „Über-Landverschickung“ von Studierenden durch Erasmus folgten seit 1996 die „Marie Curie (seit 2014 Marie Skłodowska-Curie) Actions“. Dies sind kompetitiv vergebene Fellowships für Wissenschaftler_innen aus der ganzen Welt, mittels derer sie internationalen Kooperationen und interdisziplinären Projekte an vielen verschiedenen Partner-Einrichtungen nachgehen können. Diese Mobilitäts-Stipendien sind hoch begehrt und angesehen. Die inzwischen mehr als 100.000 MSCA Fellows dokumentieren das Bekenntnis der EU zur Förderung exzellenter Wissenschaft und wissenschaftlicher Zusammenarbeit, vor allem aber präsentieren sie das „invisible college“ einer gemeinsamen europäischen Wissenschaft.

Das Kronjuwel europäischer Wissenschaftspolitik sind die Grants des „European Research Council“ (ERC). Für eine ausschließlich qualitätsorientierte, wissenschaftsgeleitete Förderung einzelner Forscher_innen besaß und besitzt die Europäische Kommission streng genommen gar kein Mandat. Die Etablierung des ERC zwischen 2004 und 2007 erforderte daher eine trickreiche Wende in ihrer bis dahin praktizierten Wissenschaftspolitik. Forschungs-Rahmenprogramme waren bis dahin lediglich Instrumente zur Wettbewerbsförderung, Forschung ist nichts als ein Mittel zum Zweck gewesen. Dagegen soll der ERC themenoffen und gut dotiert hochkarätige Forschungsvorhaben finanzieren, deren potentieller Nutzen oder „Impact“ noch gar nicht klar ist. Damit dies EU-kompatibel wurde, deklarierte man die Förderung kurzerhand als eine „frontier research“, die Innovationen stimulieren könne.

Bis einschließlich 2016 behandelte der ERC knapp 69.000 Anträge für Starting, Consolidated und Advanced Grants aus Mitgliedsländern der EU und assoziierten Staaten wie Norwegen, Schweiz oder Israel. Davon sind 7.500 Anträge in einem mehrstufigen Peer-Review

Verfahren zur Förderung ausgewählt worden. An welcher Institution und in welchem Land sie ihre Projekte durchführen wollen, steht den Prämierten völlig frei. Hochschulen und Forschungseinrichtungen aller europäischen Länder wetteifern inzwischen ebenso heftig um die Einwerbung von „grants“ wie um die Anwerbung von „grantees.“ Angesichts der geringen Bewilligungsquote von ca. 11 Prozent und harter internationaler Konkurrenz erscheinen beide in gleich mehrfacher Hinsicht als ausgezeichnet.

Inzwischen übertrifft die Reputation einer Förderung durch den ERC trotz massiver anfänglicher Vorbehalte deutlich die durch jede andere öffentliche Einrichtung: Europäisch verbürgte Exzellenz zählt mehr als jede nationale. Nach der geringen wissenschaftlichen Attraktivität der Rahmenpläne und dem ziemlich rumpligen Start des ERC hatte das kaum jemand für möglich gehalten. Umso erfreulicher ist die Erfolgsbilanz des ERC. Die Europäisierung von Wissenschaft und Forschung ist damit ein weites Stück vorangekommen.

Erasmus und andere Mobilitätsprogramme der EU, Partnerschaften, ERC und unter Horizon 2020 finanzierte Projektkonsortien sind die prominentesten Arenen einer gemeinsamen, durch Vielfalt und enger Zusammenarbeit geprägten europäischen Wissenschafts- und Bildungswelt, die sich einer freien, offenen Gesellschaft und einer am Gemeinwohl orientierten Verständigung als dem „Markenkern“ Europas verpflichtet weiß. Sie eröffnen Erfahrungsräume für den Mehrwert alltäglicher Kooperationen und Austausche in Europa, die angesichts einer vielerorts drohenden Renationalisierung gar nicht hoch genug geschätzt werden können.

AUSBLICK

Dennoch ist der Weg bis zu einer nachhaltigen europäischen „Wissenschafts- und Forschungsidentität“ noch immer sehr weit. Aus regional verwurzelten, primär national gesinnten Bürgern Europas ohne gemeinsame Sprache, politische Bezugspunkte und Traditionen, Sitten und Gebräuche überzeugte „Europäer“ zu machen und „Europa“ zu einem starken Leitmotiv für die wissenschaftliche Praxis, gleicht einer Herkulesaufgabe. Die wechselvolle Geschichte der sogenannten inneren Staatsbildung im 19. Jahrhundert bietet genügend Beispiele dafür, wie kompliziert, voraussetzungsvoll, langwierig und kontingent eine nationale emotionale Vergemeinschaftung war. Für die Bildung einer transnationalen Gemeinschaft gilt das umso mehr.

Hochschulen sind so etwas wie Reallabore oder Zukunftswerkstätten für eine stärkere europäische Integration geworden. Im Prozess der Europäisierung spielen sie schon deshalb eine wichtige Rolle, weil dieser die Lebenswelt von Studierenden und Wissenschaftler_innen inzwischen unmittelbar tangiert. Universität und Wissenschaft haben Europa fest auf dem

Schirm – als real existierende Förderprogramme und Maßnahmen sowie als imaginierter Bezugspunkt. Von einer gemeinsamen europäischen Wissenschafts- und Forschungsidentität kann man deshalb allerdings noch nicht sprechen. Ob das eine gute oder eine schlechte Nachricht ist, mag dahin gestellt bleiben. Das muss jede_r Beobachter_in selbst entscheiden.

IMPRESSUM

ISBN: 978-3-96250-088-7
Copyright by Friedrich-Ebert-Stiftung 2018
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin
Abt. Studienförderung
Redaktion: Marei John-Ohnesorg, Michael Taugner,
Alex Kolvenbach
Gestaltung & Satz: minus Design, Berlin

HOCHSCHULPOLITIK

In der Reihe Hochschulpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung werden Beiträge und Empfehlungen zur künftigen Gestaltung des deutschen Hochschulsystems entwickelt.

Digitale Versionen aller Publikationen:
<https://www.fes.de/themenportal-bildungspolitik/>

DER AUTOR DIESER PUBLIKATION

Dr. Ulrich Schreiterer studierte Soziologie, Geschichte und Germanistik in Marburg, Bielefeld und an der LSE. Beruflich beschäftigt er sich seit langem mit Hochschul- und Wissenschaftspolitik im internationalen Vergleich, insbesondere im Hinblick auf die rasante Globalisierung von Forschung und Wissenschaft. Nach Stationen in der Universität Bielefeld, beim Wissenschaftsrat in Köln, der Bertelsmann Stiftung und dem CHE in Gütersloh forschte und lehrte er zwischen 2003 und 2008 an der Yale University in den USA zu diesen Themen. Seither ist er als Senior Researcher am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialwissenschaften (WZB) tätig.

Kontakt: uli.schreiterer@wzb.eu

KONTAKT UND FEEDBACK

Marei John-Ohnesorg
Bildungs- und Hochschulpolitik
Marei.John@fes.de

Publikationen können Sie per e-mail nachbestellen bei:
Hochschulpolitik@fes.de